

FRAUBRUNNEN GEMEINDE

Wasserversorgungsreglement

Gemeinde Fraubrunnen

Gültig per 1.1.2014

Änderung per 1.1.2026

Die Gemeindeordnung (GO) wurde an der Urne durch die Einwohnergemeinden Büren zum Hof, Etzelkofen, Fraubrunnen, Grafenried, Limpach, Mülchi, Schalunen und Zauggenried am 25.11.2012 beschlossen.

Gemäss Anhang 2 der GO, Punkt 4.5 Wasserversorgung, wird das Wasserversorgungsreglement der bisherigen Gemeinde Fraubrunnen vom 10.6.2002 mit einigen Änderungen übernommen. Die Inkraftsetzung der Gemeindeordnung (GO) wurde im Fraubrunner Anzeiger Nr. 22 vom 31.5.2013 publiziert.

Einwohnergemeinde Fraubrunnen

WASSERVERSORGUNGSREGLEMENT und GEBÜHRENTARIF

INHALTSVERZEICHNIS

Gesetzliche Grundlagen

Abkürzungen

I. Allgemeines

Artikel 1 Aufgabe
Artikel 2 Ergänzendes Recht
Artikel 3 Gemeindeaufgabe
Artikel 4 Erschliessung
Artikel 5 Technische Vorschriften
Artikel 6 Pflicht zum Wasserbezug
Artikel 7 Verwendung des Wassers

II. Rechte und Pflichten der Wasserbezüger

Artikel 8 Geltung des Reglementes
Artikel 9 Bewilligungspflicht
Artikel 10 Feststellen der installierten Belastungswerte
Artikel 11 Haftung der Wasserbezüger
Artikel 12 Handänderung
Artikel 13 Ende des Wasserbezuges
Artikel 14 Abtrennung der Hausanschlüsse

III. Anlagen zur Wasserverteilung

A. Grundsätze

Artikel 15 Anlagen zur Wasserverteilung

Artikel 16 Öffentliche Anlagen Artikel 17 Private Anlagen

B. Öffentliche Anlagen

1. Leitungen

Artikel 18 Erstellung

Artikel 19 Leitungen im Strassengebiet

Artikel 20 Durchleitungsrechte

Artikel 21 Schutz der öffentlichen Leitungen Artikel 22 Abtretung privater Leitungen

2. Hydrantenanlagen und Hydrantenlöschschutz

Artikel 23 Erstellung, Benützung, Unterhalt

Artikel 24 Mehrkosten Artikel 25 Löschanlagen

3. Wasserzähler

Artikel 26 Einbau, Kostentragung

Artikel 27 Standort

Artikel 28 Haftung bei Beschädigung

Artikel 29 Revision, Störungen

C. Private Anlagen

Artikel 30	Erstellung, Eigentum
Artikel 31	Unterhalt
Artikel 32	Mängel
Artikel 33	Haftung
Artikel 34	Informations-, Betretungs- und Kontrollrecht
Artikel 35	Bewilligung, Durchleitungsrechte
Artikel 36	Technische Bestimmungen

IV. Finanzielles

Artikel 37	Eigenwirtschaftlichkeit	
Artikel 38	Finanzierung der Anlagen	
Artikel 39	Einmalige	Abgaben
	a Anschlussgebühr Wasserbezüger	
Artikel 40	b Löschbeitrag	
Artikel 41	Jährliche	Gebühren
	a Wasserbezüger	
Artikel 42	b geschützte Gebäude	
Artikel 43	Rechnungsstellung	
Artikel 44	Fälligkeiten	
Artikel 45	Verzugszins	
Artikel 46	Verjährung	
Artikel 47	Abgaben- und gebührenpflichtige Personen	
Artikel 48	Grundpfandrecht	

V. Straf- und Schlussbestimmungen

Artikel 49	Unberechtigter Wasserbezug
Artikel 50	Widerhandlungen
Artikel 51	Rechtspflege
Artikel 52	Übergangsbestimmung
Artikel 53	Inkrafttreten, Anpassung

Anhang

A.		Wassertarif
Artikel 1	Anschlussgebühr, Löschbeitrag	
Artikel 2	Jährlich wiederkehrende Gebühren	
Artikel 3	Ungemessene Wasserbezüge	
Artikel 4	Zuständigkeiten	
Artikel 5	Mehrwertsteuer	
Artikel 6	Inkrafttreten	

B. Formulare

W1	Gesuch um einen Wasseranschluss
W2	Bewilligung für einen Wasseranschluss
W3	Installationsanzeige
W4	Fertigstellungsmeldung

C. Gegenüberstellung

Gesetzliche Grundlagen

Bund

- Bundesgesetz vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer (GSchG)
- Eidgenössisches Lebensmittelgesetz vom 9. Oktober 1992 (LMG)
- Eidgenössische Verordnung vom 20. November 1991 über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen (VTN)

Kanton

- Wasserversorgungsgesetz vom 11. November 1996 (WVG)
- Baugesetz vom 9. Juni 1985 (BauG)
- Feuerschutz- und Wehrdienstgesetz vom 20. Januar 1994 (FWG)
- Feuerschutz- und Wehrdienstverordnung vom 11. Mai 1994 (FWV)
- Einführungsverordnung vom 21. September 1994 zum Eidg. Lebensmittelgesetz (EV LMG)
- Gemeindegesetz vom 16. März 1998 (GG)
- Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG)

Gemeindeverband Emmental Trinkwasser (ETW)

- Wasserversorgungsreglement Emmental Trinkwasser 2025
- Wassertarfi Emmental Trinkwasser 2025

Gemeinde

- Gemeindeordnung vom 01.01.2002

Abkürzungen

ARA Abwasserreinigungsanlagen

BauG Baugesetz

BVE Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

LU Belastungswert (Loading Unit)

EG zum ZGB Kantonales Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch

FES Schweizerischer Städteverband / Fachorganisation für Entsorgung und

Strassenunterhalt

GEP Genereller Entwässerungsplan
GKP Generelles Kanalisationsprojekt

GSA Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft GSchG Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer

GSchV Eidg. Gewässerschutzverordnung KGSchG Kantonales Gewässerschutzgesetz

KGV Kantonale Gewässerschutzverordnung

WVG Wasserverordnungsgesetz

GO Gemeindeordnung

SIA Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein

SN Schweizer Norm

SSIV Spenglermeister- und Installateur-Verband

SVGW Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches

VRPG Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege
VSA Verband Schweizerischer Abwasserfachleute
ETW Gemeindeverband Emmental Trinkwasser
WEA Wasser- und Energiewirtschaftsamt des Kantons Bern

Verhältnis zum Gemeindeverband Emmental Trinkwasser (ETW)

Die Einwohnergemeinde Fraubrunnen hat die Versorgung mit Frischwasser dem Gemeindeverband Emmental Trinkwasser (ETW) übertragen. Die entsprechenden Voraussetzungen sind im Reglement der ETW über die Abgabe von Wasser enthalten. Die ETW erfüllt alle Aufgaben gemäss ihren Reglementen und Vorschriften, u.a. erstellt und unterhält sie die Wasserfassungen, die Transportleitungen, die Reservoire und die Pumpstationen. Die ETW finanziert ihre Anlagen mit den von ihr erhobenen Gebühren und Wasserzinsen der Wasserbeziehenden selber. Die Gemeinde Fraubrunnen ist für die Planung, den Bau und die Werterhaltung des Ortsnetzes verantwortlich.

Artikel 1

Aufgabe

- ¹ Die Gemeinde versorgt in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeverband Emmental Trinkwasser (ETW) die Bevölkerung und die Landwirtschafts-, Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe mit Trink- und Brauchwasser
- ² Gemeinsam gewährleisten sie in ihrem Versorgungsgebiet einen ausreichenden Hydrantenlöschschutz.
- ³ Sie erfüllen die ihnen zugewiesenen Aufgaben der Trinkwasserversorgung in Notlagen.

Artikel 2

Ergänzendes Recht

Ergänzend zu diesem Reglement gelten die übergeordneten Bestimmungen des WVG, des BauG und die Reglemente der ETW.

Artikel 3

Gemeindeaufgabe

- ¹ Die Gemeinde finanziert die Erstellung, Erneuerung und den Unterhalt des Ortsnetzes und der Hydrantenanlagen. Massgebend sind die mit der ETW abgeschlossenen Ausscheidungsverträge. Die Beteiligung an den Transportleitungen richtet sich nach deren Reglement.
- ² Die Gemeinde kann die ETW mit der Ausführung von Gemeindeaufgaben, insbesondere Beratungs- und Kontrollfunktionen, beauftragen.

Artikel 4

Erschliessung

- ¹ Die Erschliessungspflicht besteht für die rechtsgültig ausgeschiedenen Bauzonen sowie die geschlossenen Siedlungsgebiete ausserhalb der Bauzone.
- ² Zudem kann die Gemeinde auch in folgenden Fällen die Erschliessung mit Wasser vornehmen:
- a Bei bestehenden Bauten und Anlagen mit eigener quantitativ oder qualitativ ungenügender Versorgung.
- b Bei neuen, standortgebundenen Bauten und Anlagen, wenn ein öffentliches Interesse besteht.

Technische Vorschriften

- ¹ Alle öffentlichen und privaten Wasserversorgungsanlagen sind nach den anerkannten Regeln der Technik zu erstellen, zu betreiben, zu unterhalten und zu erneuern.
- ² Die Leitsätze und Richtlinien der Fachverbände und Fachstellen, insbesondere des Schweiz. Vereins des Gas- und Wasserfaches (SVGW), sind zu beachten.

Artikel 6

Pflicht zum Wasserbezug

- ¹ Im Versorgungsgebiet muss das Trink- und das Brauchwasser, soweit es Trinkwasserqualität aufweisen muss, von der öffentlichen Wasserversorgung bezogen werden.
- ² Keine Bezugspflicht besteht für Gebäude, die im Zeitpunkt der Erschliessung aus andern Anlagen mit Trinkwasser versorgt werden, das den Anforderungen der Lebensmittelgesetzgebung entspricht.

Artikel 7

Verwendung des Wassers

- ¹ Die Wasserabgabe für häusliche Zwecke sowie für lebensnotwendige Betriebe und Anstalten geht anderen Verwendungsarten vor, ausser in Brandfällen.
- ² Jede Wasserverschwendung ist zu vermeiden.

II. RECHTE UND PFLICHTEN DER WASSERBEZIEHENDEN

Geltung des Reglementes

Artikel 8

- ¹ Das Verhältnis zwischen der Gemeinde und den Wasserbeziehenden wird durch dieses Reglement und den Wassertarif geregelt.
- ² Als Wasserbeziehende gilt die Eigentümerschaft der angeschlossenen Liegenschaft.

Artikel 9

Bewilligungspflicht

- ¹ Vor der Ausführung von Installationsarbeiten an Wasseranschlüssen ist eine Bewilligung der Gemeinde und der ETW gemäss Art. 13 WVR einzuholen. Bewilligungspflichtig sind:
- Der Neuanschluss einer Baute oder Anlage
- Erweiterung oder Entfernung von sanitären Anlagen (nicht bewilligungspflichtig sind Instandhaltungsarbeiten sowie das Anschliessen und das Auswechseln von Apparaten und Auslaufarmaturen mit gleichen Belastungswerten an die bestehende Installation)
- die Anpassungen von oder an Hauszuleitungen,

- eine gemeinsame Anschlussleitung für mehrere Gebäude (Art. 40 Abs. 2 WVR);
- Einrichtung oder Anpassung von Löschposten, Sprinkler-, Bewässerungs-, Prozesswasser-, Kühl-, Klimaanlagen mit Wasseranschluss, Regenwasseranlagen und dergleichen;
- die Vergrösserung des umbauten Raumes;
- vorübergehende Wasserbezüge und Wasserentnahmen aus Hydranten nach Art. 29 Abs. 5 WVR
- die Wasserabgabe oder -ableitung an Dritte oder andere Wasserversorgungen (mit Ausnahme der Miet- und Pachtverhältnisse im angeschlossenen Gebäude);
- das Unterschreiten des Bauabstandes und das Überbauen einer gesicherten Leitung nach Art. 28 Abs. 3 WVR
- ² Die Bewilligung ist auch dann einzuholen, wenn keine anderweitigen Bewilligungen erforderlich sind.
- ³ Die Gesuche sind auf dem amtlichen Formular mit allen für die Beurteilung erforderlichen Unterlagen einzureichen.
- ⁴ Vor der Erteilung der Bewilligung darf mit den Installationsarbeiten nicht begonnen werden.
- ⁵ Der Gemeinde ist von den Wasserbeziehnden für jeden Neuanschluss und für jede Änderung der Belastungswerte (LU) eine Installationsanzeige innert 30 Tagen nach Fertigstellung einzureichen.

Feststellen der installierten Belastungswerte

- ¹ Die Gemeinde kann die in der Installationsanzeige gemachten Angaben vor Ort kontrollieren.
- ² Die Gemeinde kann periodisch die für die Berechnung der jährlichen Grundgebühren notwendigen Angaben erheben und überprüfen.

Artikel 11

Pflichten der Wasserbezüger a Haftung Die Wasserbeziehenden haften gegenüber der Gemeinde für allen Schaden, den sie ihr durch vorsätzliches oder fahrlässiges widerrechtliches Handeln zufügen. Sie haben auch für andere Personen einzustehen, die mit ihrem Einverständnis die Anlagen benützen.

Artikel 12

b Handänderung

Die bisherigen Wasserbeziehnden haben der Gemeinde und der ETW jede Handänderung innert 10 Tagen schriftlich zu melden.

Ende des Wasserbezuges

- ¹ Wollen Wasserbeziehnde vom gesamten Wasserbezug zurücktreten, muss dies der Gemeinde und der ETW 3 Monate im Voraus schriftlich mitgeteilt werden.
- ² Die Wasserzinspflicht dauert mindestens bis zur Abtrennung des Anschlusses durch die ETW, auch wenn kein Wasser mehr bezogen wird.

Artikel 14

Abtrennung der Hausanschlüsse

Der Hausanschluss ist auf Kosten der Wasserbeziehnden vom Leitungsnetz abzutrennen

- a bei endgültiger Aufgabe des Wasserbezuges,
- b bei Stillstandzeiten von über einem Jahr.

III. ANLAGEN ZUR WASSERVERTEILUNG

A. Grundsätze

Anlagen zur Wasserverteilung

Artikel 15

Der Wasserverteilung dienen

- a die öffentlichen Leitungen und die Hydrantenanlagen als öffentliche Anlagen,
- b die Hausanschlussleitungen und die Hausinstallationen als private Anlagen.

Artikel 16

Öffentliche Anlagen

- ¹ Die öffentlichen Leitungen der Gemeinde umfassen die Versorgungsleitungen (Basis- und Detailerschliessung) und die Versorgungsleitungen ausserhalb der Bauzone.
- ² Im Zweifelsfall gilt eine Leitung als öffentlich, wenn sie in ihrer Lage und Bemessung auch dem Hydrantenlöschschutz gemäss den Vorschriften der Gebäudeversicherung entspricht.
- ³ Die Hydrantenanlagen werden von der Gemeinde nach den Vorschriften der ETW erstellt und an die öffentlichen Leitungen angeschlossen.

Artikel 17

Private Anlagen

¹ Die Hausanschlussleitungen verbinden die öffentliche Leitung ab dem ersten Absperrschieber nach der öffentlichen Leitung mit dem Gebäude bis zum Wasserzähler.

- ² Die Leitung zu einer zusammengehörenden Gebäudegruppe gilt als gemeinsame Hausanschlussleitung, auch wenn das Areal in mehrere Grundstücke aufgeteilt ist.
- ³ Hausinstallationen sind alle Leitungen und Einrichtungen im Gebäudeinnern nach dem Wasserzähler.

B. Öffentliche Anlagen

1. Leitungen

Artikel 18

Erstellung

- ¹ Die Gemeinde erstellt die öffentlichen Leitungen gemäss dem Erschliessungsprogramm. Fehlt dieses, bestimmt sie den Zeitpunkt der Erstellung nach pflichtgemässem Ermessen und im Einvernehmen mit den anderen Erschliessungsträgeschaften.
- ² Die öffentlichen Leitungen sind so nahe an die erschlossenen Grundstücke heranzuführen, dass die Hausanschlussleitungen keinen übermässigen Aufwand verursachen.
- ³ Vorbehalten bleibt die vertragliche Übernahme der Erschliessung durch bauwillige Eigentümerschaften oder Baurechtsberechtigte nach Baugesetz (BauG).

Artikel 19

Leitungen im Strassengebiet

- ¹ Die Gemeinde ist berechtigt, gegen vollen Schadenersatz schon vor dem Erwerb des für den Bau von Strassen ausgeschiedenen Landes in die künftige Strassenfläche öffentliche Leitungen einzulegen.
- ² Die Linienführung ist so zu wählen, dass nachträgliche Unterhalts- und Reparaturarbeiten den Strassenverkehr möglichst wenig behindern. Auf vorhandene und definitiv festgelegte Leitungen ist Rücksicht zu nehmen. Ferner ist darauf zu achten, dass eine Beeinträchtigung der Wasserqualität durch Abwasseranlagen ausgeschlossen ist.

Artikel 20

Durchleitungsrechte

- ¹ Die Durchleitungsrechte für öffentliche Leitungen können im Verfahren nach WVG oder mit Dienstbarkeitsverträgen gesichert werden.
- ² Für die Durchleitungsrechte werden keine Entschädigungen geleistet. Vorbehalten bleiben die Ausrichtung von einmaligen Entschädigungen für den durch den Leitungsbau und -betrieb verursachten Schaden sowie von Entschädigungen wegen enteignungsähnlichen Eingriffen.

³ Das Verfahren richtet sich nach dem WVG.

Schutz der öffentlichen Leitungen

- ¹ Die öffentlichen Leitungen sind, soweit keine anderslautenden vertraglichen Vereinbarungen vorliegen und sie im öffentlichrechtlichen Verfahren gesichert wurden, in ihrem Bestand geschützt.
- ² Bei Bauten ist in der Regel ein Abstand von 4 Metern gegenüber der Leitungsachse einzuhalten. Die Gemeinde kann jedoch im Einzelfall für die Sicherheit der Leitung einen grösseren Abstand vorschreiben.
- ³ Die Unterschreitung des reglementarisch oder im Einzelfall vorgeschriebenen Bauabstandes sowie die Überbauung von öffentlichen Leitungen bedürfen einer Bewilligung der Gemeinde.
- ⁴ Im Weiteren gelten die jeweiligen Überbauungsvorschriften.

Artikel 22

Abtretung privater Leitungen

Die Gemeinde kann im überwiegenden öffentlichen Interesse und gegen Abgeltung des Zustandswertes die Abtretung privater Leitungen verlangen, die den technischen Anforderungen genügen.

2. Hydrantenanlagen und Hydrantenlöschschutz

Artikel 23

Erstellung, Benützung, Unterhalt

- ¹ Die Gemeinde erstellt, bezahlt, unterhält und erneuert alle Hydranten auf den öffentlichen Leitungen. Muss sie dafür privaten Grund in Anspruch nehmen, gilt Artikel 136 BauG.
- ² Die Standorte der Hydranten werden von der Gemeinde in Absprache mit der Feuerwehr festgelegt.
- ³ Jede Wasserentnahme aus Hydranten, ausser zu Löschzwecken, ist untersagt. Über Ausnahmen entscheidet die ETW.
- ⁴ Die Hydranten und Schieber sind vor Beschädigung zu schützen und müssen jederzeit zugänglich sein.
- ⁵ Die Gemeinde ist verantwortlich für die Betriebsbereitschaft der Hydranten. Die beauftragt die Feuerwehr mit der regelmässigen Kontrolle, Wartung und Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Hydranten.
- ⁶ Die Eigentümerschaft hat sicherzustellen, dass Hydranten auf oder entlang ihres Grundstücks jederzeit frei zugänglich, sichtbar und unbehindert sind. Es ist untersagt, Hydranten durch Zäune, Mauern, Bepflanzungen, Ablagerungen oder andere Hindernisse zu verdecken oder den Zugang zu erschweren.
- ⁷ Stellt die Gemeinde oder die Feuerwehr fest, dass die Zugänglichkeit oder Betriebsbereitschaft eines Hydranten beeinträchtigt ist, dürfen sie die notwendigen Massnahmen unmittelbar und ohne vorgängige Aufforderung ausführen

Mehrkosten

Mehrkosten gegenüber dem ordentlichen Hydrantenlöschschutz haben die Verursachenden zu tragen. Jene können namentlich durch eine Mehrdimensionierung von Sprinklerzuleitungen und Hydrantenanlagen entstehen, soweit solche Anlagen die zonenkonforme Erschliessung übersteigen.

Artikel 25

Löschanlagen

Im Brandfall und für Übungszwecke stehen den Feuerwehrkommandierenden alle dem Löschschutz dienenden öffentlichen Wasserversorgungsanlagen unentgeltlich zur Verfügung.

3. Wasserzähler

Artikel 26

Einbau, Kostentragung

- ¹ Das Wasser wird nach Verbrauch abgegeben. Der Verbrauch wird durch Wasserzähler festgestellt.
- ² Die Wasserzähler ohne die Nebenzähler werden auf Kosten der ETW installiert und unterhalten. Sie bleiben im Eigentum der ETW.

Artikel 27

Standort

- ¹ Die ETW bestimmt den Standort des Wasserzählers unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wasserbeziehenden. Der Platz für den Einbau ist unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
- ² Der Wasserzähler muss stets leicht zugänglich sein.

Artikel 28

Haftung bei Beschädigung

- ¹ Ausser der ETW darf niemand am Wasserzähler Änderungen vornehmen oder vornehmen lassen.
- ² Die Wasserbeziehenden haften für Beschädigungen des Wasserzählers durch äussere Einflüsse wie z.B. Frost, Hitze, Schlag, Druck.

Artikel 29

Revision, Störungen

- ¹ [Aufgehoben am 01.12.2025]
- ² Die Wasserbeziehenden können jederzeit eine Prüfung ihres Wasserzählers bei einer anerkannten Stelle verlangen. Bei Mängeln übernimmt die ETW die Kosten. Andernfalls haben die Wasserbeziehenden die Prüfkosten zu tragen.
- ³ Bei fehlerhafter Zählerangabe wird für die Festsetzung des Verbrauchs auf das durchschnittliche Ergebnis der drei letzten Jahre abgestellt.

⁴ Störungen des Wasserzählers sind der ETW sofort zu melden.

C. Private Anlagen

Artikel 30

Erstellung, Eigentum

- ¹ Private Anlagen (Hausanschlussleitungen und Hausinstallationen) sind durch die Wasserbeziehenden auf ihre Kosten zu erstellen und stehen in ihrem Eigentum. Ihnen obliegt auch der Unterhalt und die Erneuerung.
- ² Die Kosten für Anpassungen an privaten Anlagen bei veränderten Verhältnissen haben die Wasserbeziehenden zu tragen.
- ³ Die privaten Anlagen dürfen nur von Personen oder ihren Beauftragten erstellt bzw. montiert werden, die über eine Installationsbewilligung der ETW verfügen. Im weiteren gelten die Installationsvorschriften der ETW.

Artikel 31

Unterhalt

Die privaten Anlagen sind dauernd in gutem und gefahrlosem Zustand zu halten.

Artikel 32

Mängel

Mängel an den privaten Anlagen sind durch die Wasserbeziehenden auf eigene Kosten innert der von der Gemeinde angesetzten Frist beheben zu lassen. Im Unterlassungsfall kann die Gemeinde die Behebung auf Kosten der Wasserbeziehenden anordnen.

Artikel 33

Haftung

Die Gemeinde übernimmt keine Haftung für private Anlagen, auch wenn sie von ihr abgenommen worden sind.

Artikel 34

Informations-, Betretungs- und Kontrollrecht

- ¹ Die zuständigen Organe der Gemeinde und der ETW sind befugt, alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Angaben und Unterlagen zu verlangen, Grundstücke zu betreten und die Bauten, Anlagen und Einrichtungen zu kontrollieren
- ² Die Wasserbeziehenden sind verpflichtet, bei den Kontrollarbeiten mitzuwirken und diese zu erleichtern.

Artikel 35

Bewilligung, Durchleitungsrechte

- ¹ Die ETW bestimmt im Bewilligungsverfahren nach Artikel 9 die Stelle und die Art der Hausanschlussleitungen unter Berücksichtigung der Wünsche der Wasserbeziehenden.
- ² Der Erwerb der Durchleitungsrechte für Hausanschlussleitungen ist Sache der Wasserbeziehenden.

⁴ Wartungsarbeiten bedürfen keiner Bewilligung.

Technische Bestimmungen

- ¹ In der Regel ist nur eine Hausanschlussleitung pro Grundstück zu erstellen. Vorbehalten bleibt Artikel 17 Absatz 2.
- ² Jede Hausanschlussleitung ist auf Kosten der Wasserbeziehenden gegen die öffentliche Leitung mit einem Absperrschieber zu versehen, der in das Eigentum der Gemeinde übergeht und nur von dieser bedient werden darf.
- ³ Die Erdung von elektrischen Anlagen ist Sache des Stromlieferanten. Die Benützung der Wasserleitungen für die Erdung ist vertraglich zu regeln.
- ⁴ Vor dem Eindecken sind die Hausanschlussleitungen unter Aufsicht der ETW einer Druckprobe zu unterziehen und auf Kosten der Wasserbeziehenden durch eine von der Gemeinde bezeichnete Person einzumessen.

IV. FINANZIELLES

Artikel 37

Eigenwirtschaftlichkeit

- ¹ Die Aufgabe der Wasserversorgung, einschliesslich der Bereitstellung des Wassers für den Hydrantenlöschschutz, muss finanziell selbsttragend sein.
- ² Die Einlagen in die Spezialfinanzierung und die Abschreibungen richten sich nach dem WVG.

Artikel 38

Finanzierung der Anlagen

Die Gemeinde finanziert die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen. Es stehen ihr dazu zur Verfügung:

- a Einmalige Abgaben
- b Jährliche Gebühren
- c Beiträge oder Darlehen des Bundes, des Kantons oder Dritter.

Artikel 39

Einmalige Abgaben a Anschlussgebühr Wasserbezüger

- ¹ Die Wasserbeziehenden haben für jeden direkten oder indirekten Anschluss eine Anschlussgebühr zu bezahlen.
- ² Die Anschlussgebühr wird aufgrund der Belastungswerte (LU) nach SVGW und des umbauten Raumes der anzuschliessenden Liegenschaft nach SN 504 416 erhoben. Für jede neue Baute und Anlage wird mindestens der Betrag von 30 Belastungswerten (LU) und 750 m3 umbauten Raum in Rechnung gestellt.

- ³ Bei einer Erhöhung der LU und/oder einer Vergrösserung des umbauten Raumes ist eine Nachzahlung der Anschlussgebühr erst geschuldet, wenn der nach Absatz 2 berechnete Frankenbetrag überschritten wird. Bei einer Verringerung der LU oder Verkleinerung des umbauten Raumes erfolgt keine Rückerstattung von Gebühren.
- ⁴ Andere bereits bezahlte einmalige Abgaben, wie Liegenschafts- und Löschbeiträge, werden an die Anschlussgebühr angerechnet.
- ⁵ Im Brandfall oder bei Gebäudeabbruch werden die bisher bezahlten einmaligen Abgaben angerechnet, wenn innert 5 Jahren mit dem Neubau begonnen wird.

b Löschbeitrag

- ¹ Für geschützte Gebäude im Umkreis von 300 m vom nächsten Hydranten, die nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen sind, haben die jeweiligen Eigentümerschaften oder Baurechtsberechtigten einen einmaligen Löschbeitrag zu entrichten.
- ² Als geschützte Gebäude gelten alle Bauten und Anlagen für die Artikel 6 BewD keine Anwendung findet.
- ³ Der Löschbeitrag wird nach dem gesamten umbauten Raum nach SIA berechnet.
- ⁴ Bei einer Vergrösserung des umbauten Raumes ist eine Nachzahlung des Löschbeitrages geschuldet. Bei einer Verkleinerung des umbauten Raumes erfolgt keine Rückerstattung.
- ⁵ Im Brandfall oder bei Gebäudeabbruch werden die bereits entrichteten einmaligen Abgaben angerechnet, sofern innerhalb von fünf Jahren nach Beginn des Abbruchs mit dem Neubau begonnen wird. Die Frist beginnt mit dem tatsächlichen Beginn der Abbrucharbeiten zu laufen.

Artikel 41

Jährliche Gebühren a Wasserbezüger

- ¹ Zur Deckung der Einlagen in die Spezialfinanzierung und der Zinskosten haben die Wasserbeziehenden jährliche Grundgebühren zu bezahlen. Die jährliche Grundgebühr wird aufgrund der Zählergrösse des eingebauten Wasserzählers berechnet.
- ² Zur Deckung der Betriebskosten haben die Wasserbeziehenden der Gemeinde zusätzlich zu den Abgaben an die ETW eine jährliche Verbrauchsgebühr je bezogenen m³ Wasser zu bezahlen.
- ³ Die Höhe der Gebühren legt der Gemeinderat im Rahmen des Wassertarifs fest.

b geschützte Gebäude

- ¹ Für geschützte Gebäude im Umkreis von 300 m vom nächsten Hydranten, die nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen sind, haben die jeweiligen Eigentümerschaften oder Baurechtsberechtigten einen jährlich wiederkehrenden Beitrag an den Unterhalt des Löschschutzes nach dem gesamten umbauten Raum nach SN 504 416 zu entrichten.
- ² Als geschützte Gebäude gelten alle Bauten und Anlagen für die Artikel 6 BewD keine Anwendung findet.
- ³ Die Höhe der Gebühren legt der Gemeinderat im Rahmen des Wassertarifs fest. Der umbaute Raum und der Tarif wird der Eigentümerschaft der Baute oder Anlage eröffnet

Artikel 43

Rechnungstellung

- ¹ Die Zählerablesung und die darauf basierende Rechnungstellung erfolgen in regelmässigen, von der ETW zu bestimmenden Zeitabständen.
- ² Zwischen den Zählerablesungen können Teilrechnungen im Rahmen des voraussichtlichen Wasserbezugs gestellt werden.
- ³ Die Gemeinde ist berechtigt, in begründeten Fällen Vorauszahlungen zu verlangen oder innerhalb kürzerer Fristen Rechnung zu stellen. Die zusätzlichen Kosten gehen zulasten der Wasserbeziehenden.
- ⁴ Die Gemeinde kann die ETW mit dem Einzug der jährlichen Gebühren beauftragen.

Artikel 44

Fälligkeiten

- ¹ Die Anschlussgebühr ist im Zeitpunkt des Wasseranschlusses fällig. Vorher kann die Gemeinde, gestützt auf die rechtskräftige Baubewilligung, nach Baubeginn eine Akontozahlung verlangen. Diese wird aufgrund der voraussichtlich installierten LU und des voraussichtlichen umbauten Raumes nach SN 504 416 berechnet. Die Nachzahlungen sind mit der Installation der neuen Armaturen oder Apparate bzw. nach Abschluss der Aus- und Umbauten fällig
- ² Der einmalige Löschbeitrag nach Art. 40 wird mit der Fertigstellung des geschützten und des neuen Gebäudes fällig. Wird der Löschschutz später erstellt, ist der Beitrag mit dessen Fertigstellung fällig. Nachzahlungen sind nach Abschluss der Aus- und Umbauten fällig.
- ³ Die jährlichen Gebühren sind jeweils nach der Zählerablesung zusammen mit der Rechnungsstellung der ETW fällig.

Artikel 45

Verzugszins

¹ Die Gebühren sind innert 30 Tagen ab Rechnungsstellung zu bezahlen.

- ² Nach Ablauf der Zahlungsfrist sind ein zusätzlicher Verzugszins in der Höhe des vom Regierungsrat für das Steuerwesen jährlich festgelegten Zinssatzes und die Inkassogebühren geschuldet.
- ³ Nach erfolgloser Mahnung werden die ausstehenden Gebühren nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG) eingefordert.

Verjährung

Die einmaligen Gebühren verjähren zehn, die wiederkehrenden fünf Jahre nach Eintritt der Fälligkeit. Für die Unterbrechung der Verjährung sind die Vorschriften des Schweiz. Obligationenrechts sinngemäss anwendbar. Die Verjährung wird ausserdem durch jede Einforderungshandlung (Rechnungsstellung, Mahnung) unterbrochen.

Artikel 47

Abgaben- und gebührenpflichtige Personen

- ¹ Abgaben und Gebühren sind von derjenigen natürlichen oder juristischen Person zu entrichten, die zum Zeitpunkt der Fälligkeit Wasser aus der angeschlossenen oder geschützten Liegenschaft bezieht.
- ² Unter Vorbehalt der bundesrechtlichen Bestimmungen über die Zwangsverwertung von Grundstücken haften auch die Nacherwerbenden für die zum Zeitpunkt des Liegenschaftserwerbs noch ausstehenden Abgaben und Gebühren.

Artikel 48

Grundpfandrecht

Die Gemeinde geniesst für ihre fälligen Forderungen auf den einmaligen Abgaben ein gesetzliches Grundpfandrecht auf der angeschlossenen Liegenschaft gemäss Artikel 109 Absatz 2 Ziffer 6 EG zum ZGB.

V. STRAF- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 49

Unberechtigter Wasserbezug

Wer ohne Bewilligung Wasser bezieht, Meldepflichten verletzt, insbesondere die Installation von Belastungswerten (LU) und/oder die Vergrösserung des umbauten Raumes nicht meldet, schuldet der Gemeinde die entgangenen Gebühren. Ausserdem bleibt die Bestrafung nach Artikel 50 und nach eidgenössischem oder kantonalem Recht vorbehalten.

Artikel 50

Widerhandlungen

- ¹ Widerhandlungen gegen das Wasserversorgungsreglement sowie die gestützt darauf erlassenen Verfügungen werden durch den Gemeinderat mit Busse gemäss Gemeindegesetzgebung bestraft.
- ² Vorbehalten bleiben die weiteren kantonalen und eidgenössischen Strafbestimmungen.

Rechtspflege

- ¹ Gegen Verfügungen der Gemeinde kann innert 30 Tagen nach Eröffnung schriftlich und begründet Einsprache beim Gemeinderat erhoben werden.
- ² Gegen den Entscheid des Gemeinderates kann innert 30 Tagen nach Eröffnung schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Im Übrigen gelten die Vorschriften des VRPG.

Artikel 52

[Aufgehoben am 01.12.2025]

Artikel 52a

[Aufgehoben am 01.12.2025]

Artikel 52b

[Aufgehoben am 01.12.2025]

Artikel 52c

[Aufgehoben am 01.12.2025]

Artikel 53

[Aufgehoben am 01.12.2025]

Artikel 54

[Aufgehoben am 01.12.2025]

Artikel 55

Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt am 1. Januar 2014 in Kraft und ersetzt das Reglement vom 1. September 2002.

Der Gemeindeverwalter:

So beraten und angenommen durch die Gemeindeversammlung vom 10. Juni 2002.

-

Sig. Sig.

Dr. F. Reichen Th. Läderach

Depositionszeugnis

Der Versammlungsleiter:

Der Gemeindeverwalter hat dieses Reglement dreissig Tage vor der beschlussfassenden Versammlung in der Gemeindeverwaltung öffentlich aufgelegt. Er gab die Auflage in den Amtsanzeigern Nrn. 19 und 23 vom 10. Mai und 07. Juni 2002 bekannt.

Der Gemeindeverwalter:		
Sig. Th. Läderach		
Beschwerden: Keine. Fraubrunnen, 12. Juli 2002		
Der Gemeindeverwalter:		
Sig. Th. Läderach		
Änderung und Ergänzung der neuen Artikel 52 – 55 Beschlossen an der Einwohnergemeindeversammlung versp. gemäss Anhang zur Gemeindeordnung vom 1.1.2	vom 17. Dezember 2013 (Artikel 52a – 52c)	
Tagespräsident Gemeindeversammlung	Gemeideschreiber	
Sig. Urs Schär	Sig. Michael Riedo	
Auflagezeugnis (für Anpassungen Artikel 52a- 52c) Die Änderung des Wasserversorgungsreglements war vom 15. November 2013 bis 17. Dezember 2013 in den Gemeindeverwaltungen Büren zum Hof, Etzelkofen/Mülchi, Fraubrunnen, Grafenried, Limpach, Schalunen und Zauggenried öffentlich aufgelegt. Die Auflage wurde im amtlichen Anzeiger, Ausgaben Nr. 46 und 49 vom 15. November 2013 und 6. Dezember 2013, bekannt gemacht.		
Fraubrunnen, 17.12.2013	Der Gemeindeschreiber	
	Sig. Michael Riedo	
Teilrevision Wasserversorgungsreglement per 01.01.2026 Beschlossen an der Einwohnergemeindeversammlung vom 01.12.2025.		
Der Versammlungsleiter:	Der Gemeindeschreiber a.i.:	

Auflagezeugnis

Die Änderung des Wasserversorgungsreglements war vom 31.10.2025 bis 01.12.2025 in der Gemeindeschreiberei öffentlich aufgelegt. Die Auflage wurde im amtlichen Anzeiger, Ausgaben Nr. 44 und 47 vom 31.10.2025 und 21.11. 2025, bekannt gemacht.

Fraubrunnen, 01.12.2025	Der Gemeindeschreiber a.i.:
	Martin Frey
Beschwerden: Keine.	

WASSERTARIF

Die Gemeindeversammlung erlässt gestützt auf Artikel 39 bis 42 des Wasserversorgungsreglementes vom

folgenden

TARIF

Artikel 1

Anschlussgebühr, Löschbeitrag

- ¹ Die Anschlussgebühr der angeschlossenen Liegenschaft beträgt
- a Fr. 130.00 pro Belastungswert (LU) nach SVGW und
- b Fr. 1.00 pro m³ umbauten Raum nach SN504 416, sofern der Hydrantenlöschschutz gewährleistet ist.

Artikel 2

Jährlich wiederkehrende Gebühren ¹ Die jährliche Grundgebühr wird aufgrund der Zählergrösse berechnet

Zählergrösse	Grundgebühr in CHF Maximum
20mm 3/4"	100.00
25mm 1"	140.00
32mm 5/4"	200.00
40mm 1 1/2"	400.00
50mm 2"	600.00

³ Die Verbrauchsgebühr beträgt max. Fr. 2.— pro bezogenen m³ Wasser.

⁴ Die jährliche Gebühr für nicht angeschlossene Gebäude mit Löschschutz gemäss Art. 42 beträgt maximal

-	bis zu 1000 m³ umbauten Raum	CHF 100.00
-	für 1001 bis 2000 m³ umbauten Raum	CHF 140.00
-	für 2001 bis 4000 m³ umbauten Raum	CHF 200.00
-	für 4001 bis 8000 m³ umbauten Raum	CHF 400.00
-	je weitere 4000 m³ umbauten Raum	CHF 100.00

Artikel 3

Zuständigkeiten

¹ Der Gemeinderat setzt die durch die Gemeinde zu erhebenden Gebühren nach Artikel 2 nach dem Rechnungsergebnis und dem voraussichtlichen Bedarf der kommenden Jahre fest.

Mehrwertsteuer

Bei allen im Gebührentarif aufgeführten Beträgen ist die Mehrwertsteuer nicht inbegriffen.

Artikel 5

Inkrafttreten

- ¹ Dieser Tarif tritt am 1. Januar 2014 in Kraft und ersetzt das Reglement vom 1. September 2002.
- ² Die wiederkehrenden Grund- und Verbrauchsgebühren werden erstmals für das Jahr 2014 erhoben.

Beschlossen durch die Einwohnergemeindeversammlung am 10. Juni 2002

Der Versammlungsleiter: Der Gemeindeverwalter:

Sig. Sig.

Dr. F Reichen Th. Läderach

Teilrevision Wasserversorgungsreglement per 01.01.2026

Beschlossen durch die Einwohnergemeindeversammlung am 01.12.2025

Der Versammlungsleiter: Der Gemeindeschreiber a.i.:

Peter Brunner Martin Frey

² Die jeweils gültigen Gebührenansätze sind in der Gebührenverordnung des Gemeinderates festgelegt.

³ Der Gemeinderat veröffentlicht die Gebührensätze und deren Anpassungen im amtlichen Anzeiger.

⁴ Die Anschlussgebühren nach Artikel 1 werden vom Gemeinderat periodisch auf ihre Angemessenheit überprüft und gegebenenfallseine Änderung des Gebührensatzes im Tarif beantragt.

³ Die wiederkehrenden Löschschutzbeiträge werden erstmals für das Jahr 2016 erhoben.